

Vereinigtes Königreich

Birgit Bujard

Nachdem die konservative Partei (Tories) überraschend im Mai 2015 die Parlamentswahl gewonnen hatte, machte sich Premierminister David Cameron an seine im Jahr 2013 versprochene Reform der britischen Beziehung zur Europäischen Union. Damals hatte er erklärt, im Anschluss an die Verhandlungen eine Volksabstimmung über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union abzuhalten. Dies war der Versuch, dem Druck des europaskeptischen Flügels seiner Partei aufgrund einer sich abzeichnenden Stärkung der UK Independence Party (Ukip) etwas entgegen zu setzen. Nach Einigung auf ein Reformpaket mit den europäischen Partnern im Februar 2016 verkündete Cameron die Abhaltung des Referendums für den 23. Juni 2016.

Die großen Krisen, die die Europäische Union in dieser Zeit prägten – Euro- und Flüchtlingskrise –, beeinflussten auch die Haltung der britischen Politik und Öffentlichkeit zur europäischen Integration während des Wahlkampfs zum Referendum. Dies war der Fall, obwohl das Land aufgrund eines Opt-Outs aus der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der europäischen Einwanderungs- und Asylpolitik und als Nicht-Mitglied des Schengenraums weder unmittelbar von den Krisen betroffen, noch aktiv an deren Lösung beteiligt war. Insbesondere Einwanderung war ein zentrales Thema in der Debatte über Großbritanniens Rolle in Europa.

Im Juni 2016 stimmte eine knappe Mehrheit der Wählerinnen und Wähler für den sogenannten ‚Brexit‘, den Austritt aus der Europäischen Union. In kurzer Zeit befand sich das Land nicht nur in einer Situation wirtschaftlicher Unsicherheit, sondern auch in einer politischen und potentiellen konstitutionellen Krise, da das Abstimmungsergebnis Forderungen nach einem zweiten Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands sowie einer Volksabstimmung über die Vereinigung Nordirlands mit der Republik Irland laut werden ließ. Cameron kündigte seinen Rücktritt als Premierminister an. Die oppositionelle Labour Party geriet in eine Führungskrise, da führende Abgeordnete ihrem Vorsitzenden mangelndes Engagement für einen Verbleib in der Europäischen Union während des Wahlkampfs vorwarfen. Die Brexit-Befürworter zeigten wie schon während des Referendumswahlkampfes, dass bei ihnen weder Einigkeit darüber bestand, wie ein geordneter Rückzug aus der Europäischen Union, noch eine zukünftige Beziehung zu ihr aussehen sollte.

Die Neuverhandlung der britischen EU-Beziehung

Ende Juni 2015 kam Camerons Anliegen einer Reform der britischen Beziehung zur Europäischen Union zum ersten Mal offiziell auf die Agenda des Europäischen Rates.¹ Im November sandte er einen Brief mit Reformforderungen an Donald Tusk, den Präsidenten des Europäischen Rates. Der Europäische Rat diskutierte kurz vor Weihnachten Camerons Forderungen,² die unter anderem eine vierjährige Sperre von Sozialleistungen für EU-

1 Alex Barker/George Parker/Elizabeth Rigby: Cameron's softly-softly approach wins favour, in: Financial Times, 27.6.2015.

2 Michael Stabenow: Balancieren auf der roten Linie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.12.2015.

Einwanderer umfasste. Des Weiteren forderte er eine Regelung, die sicherstellte, dass weitere Integrationsschritte der Eurozone nicht ohne Berücksichtigung der Interessen der Nicht-Euro-Länder entschieden würden, wie etwa im Bereich des Binnenmarktes. Hinzu kam die Stärkung der Rolle nationaler Parlamente, damit diese gemeinsam unerwünschte EU-Gesetzesvorhaben ablehnen könnten. Eine weitere Forderung bezog sich auf die vertragliche Verpflichtung zur Schaffung einer „immer engeren Union“ in Art. 1 des Vertrages über die Europäische Union (EUV), von der Großbritannien ausgenommen werden sollte.³

Am 2. Februar 2016 veröffentlichte Tusk seine Vorschläge für eine Einigung, die beim anstehenden Gipfel des Europäischen Rates finalisiert werden sollte.⁴ Bei der Sitzung am 18./19. Februar desselben Jahres einigten sich die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten auf einen Kompromiss. Großbritannien erhielt das Recht, im Fall einer außergewöhnlichen Belastung steuerfinanzierte Sozialleistungen an EU-Einwanderer zu beschränken. Dieser Notfallmechanismus dürfte allerdings höchstens sieben Jahre lang angewandt werden und für jeden Arbeitnehmer, der neu ins Land käme, jeweils maximal vier Jahre lang gelten. Zudem wurde vereinbart, dass die Höhe von Kindergeldzahlungen vom Aufenthaltsland des Kindes abhängig gemacht werden könnte. Das Ziel der Schaffung einer „immer engeren Union“ bedeute für die EU-Staaten kein Zwang zur Vertiefung der Integration, so die Vereinbarung. Ferner sollten nationale Parlamente ein stärkeres Mitspracherecht erhalten und Änderungen von EU-Gesetzen verlangen können, wenn sie ein ausreichendes Quorum erreichten. Außerdem wurde das Verhältnis zwischen der Eurozone und den Nicht-Euro-Ländern spezifiziert.⁵ Im Anschluss an die Einigung verkündete Cameron, dass am 23. Juni 2016 das Referendum über die britische Mitgliedschaft in der Europäischen Union unter den neu ausgehandelten Bedingungen stattfinden werde.⁶

Einwanderungspolitik

Einwanderung blieb nach der Parlamentswahl im Mai 2015 ein zentrales Thema in der politischen Debatte Großbritanniens. Aufgrund eines Opt-outs aus der Innen- und Justizpolitik war das Land nicht verpflichtet, sich an Maßnahmen europäischer Einwanderungs- oder Asylpolitik zu beteiligen. Aus diesem Grund entschied die Regierung nicht an dem europäischen Plan mitzuwirken, 40.000 Migranten in der Europäischen Union zu verteilen. Andere Staaten wie Irland, die ebenfalls über einen Opt-out verfügten, beteiligten sich freiwillig an der Umsetzung des Beschlusses.⁷ Auch in der Folgezeit beteiligte sich das Vereinigte Königreich nicht an weiteren Versuchen, eine EU-weite Lösung für die Flüchtlingsproblematik zu finden. Die kompromisslose Haltung der Regierung in der Flücht-

3 David Cameron: Letter to Donald Tusk on a new settlement for the United Kingdom in a reformed European Union, 10.11.2015, abrufbar unter: https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/475679/Donald_Tusk_letter.pdf (letzter Zugriff: 10.7.2016).

4 Rowena Mason/Jennifer Rankin: EU renegotiation: UK wins partial concession on migrant worker benefits, in: *The Guardian*, 2.2.2016.

5 Spiegel Online: Der Deal mit Großbritannien: Was Cameron ausgehandelt hat, 20.2.2016.

6 David Cameron: PM statement following Cabinet Meeting on EU settlement, 20.2.2016, abrufbar unter: <https://www.gov.uk/government/speeches/pms-statement-following-cabinet-meeting-on-eu-settlement-20-february-2016> (letzter Zugriff: 10.7.2016).

7 Anne-Sylvaine Chassany/James Politi/Duncan Robinson/Stefan Wagstyl: EU shows little sympathy for gripes over asylum seekers, in: *Financial Times*, 4.8.2015.

lingspolitik rief bei anderen EU-Mitgliedern Kritik hervor und so befürchtete beispielsweise die *Financial Times* im September 2015, dies könne negative Auswirkungen auf die britischen Reformverhandlungen haben.⁸

Im Jahr 2014 hatte das Innenministerium das ‚Syrian vulnerable persons relocation scheme‘ eingerichtet. Es richtete sich an Syrer, die sich gemäß des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge in großer Gefahr befanden, falls sie nicht evakuiert würden, wie etwa Opfer von Folter, Waisen oder alte Menschen. Bis Sommer 2015 kamen unter dieser Regelung 216 Personen nach Großbritannien. Neben diesen hatte das Land im Zeitraum zwischen Ausbruch des Konflikts Anfang des Jahres 2011 und dem zweiten Quartal 2015 noch etwa 5.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen, die das Land auf anderem Wege erreicht hatten.⁹ Als im September 2015 unter dem Eindruck von Bildern zahlreicher Toter im Mittelmeer, die versucht hatten, Europa zu erreichen, die Kritik an der Haltung der Regierung inner- und außerhalb des Vereinigten Königreichs immer lauter wurde, erklärte Cameron die Flüchtlingspolitik werde überprüft.¹⁰ In der Hoffnung den politischen Druck abzuschwächen, kündigte er am 7. September an, in den kommenden fünf Jahren würden bis zu 20.000 weitere syrische Flüchtlinge aufgenommen. Diese würden allerdings aus Flüchtlingslagern nahe der syrischen Grenze und nicht aus anderen EU-Ländern kommen.¹¹

Ende August 2015 veröffentlichte das Office of National Statistics (ONS) neue Einwanderungszahlen, die zeigten, dass die Nettoimmigration in den zwölf Monaten bis März 2015 weiter auf 330.000 zugenommen hat. Dies überschritt den vorherigen Rekord von 320.000, der 2005 nach der Osterweiterung der Europäischen Union erreicht worden war. Zugleich berichtete das ONS, dass die Mehrzahl der neuen Einwanderer aus dem EU-Ausland kam. Die Zahl der einwandernden EU-Bürgerinnen und -Bürger stieg um mehr als ein Viertel auf 269.000 an, während die Anzahl der Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger um 9 Prozent auf 284.000 zunahm. Diese Entwicklung brachte die konservative Regierung erneut unter Druck, die nach der Parlamentswahl wieder erklärt hatte, die Höhe der Nettoimmigration auf unter 100.000 senken zu wollen – ein Ziel, das sie bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode nicht annähernd erreicht hatte.¹² An den Zahlen änderte sich auch in der Folgezeit nicht viel. Knapp einen Monat vor dem Referendum veröffentlichte das ONS die jährliche Nettomigrationszahl für das Jahr 2015. Mit 333.000 lag sie um 20.000 höher als im gleichen Zeitraum 2014 und mehr als drei Mal so hoch wie die Zielmarke der Regierung. Als Grund für die Differenz zu 2014 nannte das ONS, dass weniger Britinnen und Briten emigriert waren.¹³

Die Haltung der Conservative Party und Labour Party zu Europa und Referendum

Schon kurz nach der Parlamentswahl zeigte sich, dass die EU-Gegner in der konservativen Fraktion nicht bereit waren, dem Premierminister freie Hand in der Europapolitik zu lassen. Im September musste er sich seinen Hinterbänklern im Zusammenhang mit dem

8 Alex Barker/Jim Brunsten/Anne-Sylvaine Chassany/George Parker/James Politi/Jeevan Vasagar: Cameron's refugee stance faces flak on continent, in: *Financial Times*, 3.9.2015; siehe auch Jochen Buchsteiner: Die Kosten der Abschottung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.9.2015.

9 Helen Warrell: How the numbers stack up at home and across continent, in: *Financial Times*, 4.9.2015.

10 Patrick Wintour/Nicholas Watt: David Cameron says UK will fulfil moral responsibility over migration crisis, in: *The Guardian*, 3.9.2015.

11 Jochen Buchsteiner: Ein kleines Willkommen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.9.2015.

12 Helen Warrell: Net immigration of 333,000 eclipsed record, in: *Financial Times*, 28.8.2015.

13 Alan Travis: Net migration to UK nears peak as fewer Britons emigrate, in: *The Guardian*, 26.5.2016.

Ablauf der Referendumskampagne geschlagen gegeben. Die Regierung wollte die sogenannte ‚purdah‘-Periode aufheben. Das hätte bedeutet, dass sie in den 28 Tagen unmittelbar vor dem Referendum finanzielle Mittel und den Beamtenapparat hätte nutzen können, um für einen Verbleib in der Europäischen Union zu werben.¹⁴ Im Juni hatten 27 konservative Hinterbänkler dagegen gestimmt. Die Regierung hatte damals eine Niederlage nur vermeiden können, da Labour sich der Abstimmung enthielt.¹⁵ Die Zugeständnisse, die sie in der Frage im September machte, gingen 37 konservativen Abgeordneten weiterhin nicht weit genug und sie stimmten mit der Scottish National Party (SNP) und der Labour Party gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen. So verlor die Regierung nach nur vier Monaten im Amt ihre erste Parlamentsabstimmung. Diese Situation zeigte die Schwierigkeiten der Cameron-Administration, denn der Premierminister besaß im Parlament nur eine Mehrheit um zwölf Mandate. Zur Fraktion zählten jedoch auch europaskeptische Abgeordnete, die das Referendum als einmalige Chance betrachteten, das Land endlich aus der europäischen Integration zu lösen.¹⁶

Als Cameron Ende Februar 2016 sein EU-Reformpaket im Parlament vorstellte, war er viel Kritik seiner Parteikollegen ausgesetzt. Es wurde davon ausgegangen, dass fast die Hälfte der 331 konservativen Members of Parliament (MPs) für einen Austritt stimmen würde. Das war mehr als Cameron erwartet hatte. Prominente Tories wie Justizminister Michael Gove und der damalige Bürgermeister Londons, Boris Johnson, entschieden sich für eine Unterstützung des Austrittslagers.¹⁷ Dies war deshalb möglich, da Cameron im Januar auf Druck der einen EU-Austritt unterstützenden Kabinettsmitglieder für den Zeitraum der Referendumskampagne das Prinzip der kollektiven Verantwortung des Kabinetts aufgehoben hatte.¹⁸

Nachdem Ed Miliband infolge der verlorenen Parlamentswahl im Mai 2015 vom Vorsitz der Labour Party zurückgetreten war, musste diese einen Nachfolger wählen. Die Parteibasis entschied sich im September in einer Urwahl für den linken Hinterbänkler Jeremy Corbyn. Bei der Parteibasis beliebt, besaß Corbyn nur die Unterstützung von weniger als 10 Prozent seiner Abgeordneten.¹⁹ Seine Wahl signalisierte in Europafragen Unsicherheit über den bis dato bestehenden pro-europäischen Konsens der Fraktion. Corbyn war Europaskeptiker – eine Position, die in den frühen 1980er Jahren in der Partei dominant gewesen, aber ab Ende der 1980er Jahren zugunsten einer pro-europäischen Haltung aufgegeben worden war.²⁰ Unmittelbar nach seiner Wahl gab es Unklarheiten über die zukünftige Position der Partei zum Referendum. Während Schattenaußenminister Hilary Benn am 14. September sagte, Labour werde in jedem Fall für einen Verbleib in der Europäischen Union kämpfen, hatte der Schattenschatzkanzler John McDonnell kurz zuvor zugestanden, dass sich die Partei unter bestimmten Bedingungen doch gegen einen Verbleib entscheiden könne. Die gleiche Aussage machte Corbyn am 14. September, als er ankündigte, er werde Cameron nicht unterstützen, falls die Regierung Arbeitnehmerrechte

14 Jim Pickard: Euroseptics win more concessions, in: Financial Times, 3.9.2015.

15 Elizabeth Rigby: Downing Street keeps ministers on tight rein, in: Financial Times, 29.6.2015.

16 Elizabeth Rigby: Tory backbenchers inflict referendum defeat on Cameron, in: Financial Times, 8.9.2015.

17 George Parker/Jim Pickard: Cameron attacked by own MPs on Brexit, in: Financial Times, 23.2.2016.

18 Ben Quinn: EU membership terms 'disastrous' for UK, says cabinet minister Chris Grayling, in: The Guardian, 14.1.2016.

19 Jochen Buchsteiner: Hundert Tage als Oppositionsführer überlebt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.12.2015; George Parker/Jim Pickard: Jeremy Corbyn – how long can he last? in: Financial Times, 26.9.2015.

20 Economist.com: Jeremy Corbyn's EU flip-flop, 14.9.2015.

einschränke.²¹ Kurze Zeit später erklärte er dann allerdings auf Druck von hochrangigen Labour-MPs wie Benn ausdrücklich, dass sich Labour für einen EU-Verbleib Großbritanniens einsetzen werde.²²

Die Referendumskampagnen

Im Oktober begannen die überparteilichen Gruppen ‚Britain Stronger in Europe‘ und ‚Vote Leave‘ offiziell ihre Arbeit, um für einen entsprechenden Ausgang des Referendums zu werben.²³ Parallel zur offiziellen ‚Vote Leave‘-Kampagne, der etablierte Politiker aus den Reihen der Konservativen und einige Labour-Abgeordnete angehörten, gab es noch die von Ukip dominierte Gruppierung ‚Leave.EU‘ sowie ‚Grassroots Out‘, die ebenfalls vom Ukip-Vorsitzenden Nigel Farage unterstützt wurde.²⁴

Beide Seiten führten von Anfang an eine negative Kampagne. Das Remain-Lager, das für einen Verbleib in der Europäischen Union warb, betonte beständig die negativen ökonomischen Effekte eines Brexits und vor allem die Regierung machte wenig Versuche, die positiven Aspekte der EU-Mitgliedschaft herauszustellen. Die Vertreter von ‚Vote Leave‘ um Johnson, Gove und die Labour-Abgeordnete Gisela Stuart bemühten sich zu Beginn des Wahlkampfes um eine Absetzung von den beiden Ukip nahen Leave-Gruppierungen und behandelten neben Einwanderung auch die Themen nationale Souveränität und Wirtschaft. Im letzten Monat des Wahlkampfes fokussierte sich ‚Vote Leave‘ auf Sorge, die Abstimmung zu verlieren, allerdings nur noch auf das Thema Zuwanderung und argumentierte, nur mit einem Austritt aus der Europäischen Union könne das Land seine Grenzen kontrollieren und die Einwanderung begrenzen. ‚Stronger in Europe‘ und der Premierminister wiederum entwickelten nie eine überzeugende Argumentation im Hinblick auf die Einwanderung und versuchten stattdessen, zumeist das Thema zu wechseln, wenn es aufkam. Labour war gespalten: Ein Teil der führenden Labour-Politiker lehnte eine Begrenzung der EU-Einwanderung ab, andere forderten eine Änderung der Regeln zur Arbeitnehmerfreizügigkeit.²⁵

Während des Referendumswahlkampfes machten zahlreiche Experten aus Wirtschaft, Finanzwelt und Politik auf mögliche ökonomische Konsequenzen des Brexits aufmerksam. So warnte der Gouverneur der Bank von England, Marc Carney, früh vor einer Rezession. Institutionen wie der Internationale Währungsfond (IWF) und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OSZE) publizierten Projektionen, die von negativen ökonomischen Auswirkungen eines Brexits für das Land ausgingen. Staats- und Regierungschefs anderer Länder unterstützten einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union und verwiesen teils, wie etwa US-Präsident Barack Obama, auf die Gefahr eines politischen Bedeutungsverlusts für das Land im Falle eines Austritts.²⁶

21 George Parker/Jim Pickard: Corbyn fights Labour turmoil amid dismay over McDonnell, in: Financial Times, 15.9.2015.

22 Alex Barker/George Parker: Labour's new Leader Corbyn sets out commitment to keep Britain in the EU, in: Financial Times, 18.9.2015.

23 Kate Allen/Sarah Gordon/George Parker: Rose launches pro-EU campaign group, in: Financial Times, 12.10.2015.

24 Jochen Buchsteiner: Der Rest ist Abstimmen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.6.2016; Nicholas Watt: Iain Duncan Smith to go it alone in campaign to leave EU, in: The Guardian, 20.1.2016.

25 Charles Grant: How Leave outgunned Remain: The Battle of the 'five Ms', Insight, in: Centre of European Reform, 25.6.2016, abrufbar unter: <https://www.cer.org.uk/insights/how-leave-outgunned-remain-battle-five-ms> (letzter Zugriff: 15.7.2016).

26 Jochen Buchsteiner: Der Rest ist Abstimmen, 2016.

Eine Woche vor dem Referendum wurde die junge Labour-Abgeordnete Jo Cox auf offener Straße ermordet und sowohl das Leave- als auch Remain-Lager unterbrachen kurzzeitig ihren zunehmend erbittert geführten Wahlkampf.²⁷

Der Labour-Parteivorsitzende Corbyn hätte eine gewichtige Stimme auf der Remain-Seite sein sollen, blieb aber während der Referendumskampagne hinter den Erwartungen zurück. Obwohl er offiziell den Verbleib unterstützte, blieb er als jahrelanger Europa-skeptiker wenig überzeugend. Viele seiner Reden enthielten ähnlich viel Lob wie Kritik für die Europäische Union. Das Resultat war, dass zum Abstimmungstermin zahlreiche Labour-Wählerinnen und -Wähler nicht wussten, auf welcher Seite die Partei in der Referendumskampagne stand.²⁸ Nach der Volksabstimmung berichteten Medien wie der Guardian, Corbyn und sein Umfeld hätten sich nicht nur mit geringem Enthusiasmus für die weitere EU-Mitgliedschaft eingesetzt, sondern die Kampagne für einen Verbleib in der Europäischen Union aktiv sabotiert.²⁹

Das Referendum und seine unmittelbaren Folgen

Am 23. Juni 2016 stimmten 51,9 Prozent der britischen Wählerinnen und Wähler für einen Austritt aus der Europäischen Union. 48,1 Prozent stimmten für einen Verbleib. Die Wahlbeteiligung war mit 72,2 Prozent relativ hoch (aber deutlich niedriger als beim schottischen Unabhängigkeitsreferendum). Das Abstimmungsergebnis zeigte ein hochgradig gespaltenes Land. Während Wählerinnen und Wähler in England (Ausnahme London) und Wales mehrheitlich für einen Austritt stimmten, sprachen sich die Wählerinnen und Wähler in Nordirland, Schottland und Gibraltar eindeutig für einen Verbleib aus.³⁰ Das Remain-Lager war erfolgreich in den größeren multikulturellen Städten und Regionen, in denen mehr Hochschulabsolventen lebten. Die Leave-Seite war insbesondere in ländlichen Gegenden Englands sowie den postindustriellen Städten im Nordosten des Landes, in denen es eine große Arbeiterpopulation gab, stark. Wählerinnen und Wähler mit hohem Bildungsstand stimmten zumeist für einen Verbleib in der Europäischen Union, während solche mit niedrigerem aus der Arbeiterschicht entschieden für einen Austritt votierten. Bei diesen Bürgerinnen und Bürgern war die Angst vor Einwanderung, die die Leave-Seite in ihrer Kampagne betont hatte, aufgrund einer prekären Situation im Arbeitsmarkt viel stärker ausgeprägt. So waren sie bereit, im Sinne der Leave-Seite zu stimmen, die das Referendum als eine Möglichkeit präsentiert hatte, wieder die Kontrolle über die britischen Grenzen zu erlangen und die Immigration einzuschränken. Dies war wichtiger als die Angst vor wirtschaftlicher Unsicherheit, die die Remain-Kampagne als mögliche Konsequenz eines Brexits genannt hatte. Auch das Alter spielte eine Rolle: Wählerinnen und Wähler über 45 Jahren stimmten verstärkt für einen Austritt, während solche unter 45 eher für einen Verbleib in der Europäischen Union votierten.³¹ Das Referendum hatte Bürgerin-

27 Jochen Buchsteiner: Im Verlust vereint, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.6.2016.

28 Charles Grant: How Leave outgunned Remain: The Battle of the 'five MS', Insight, in: Centre of European Reform, 25.6.2016, abrufbar unter: <https://www.cer.org.uk/insights/how-leave-outgunned-remain-battle-five-ms> (letzter Zugriff: 15.7.2016).

29 Jonathan Freedland: The young put Corbyn in, but he betrayed them over Brexit, in: The Guardian, 28.6.016.

30 BBC News: EU Referendum Results, abrufbar unter: http://www.bbc.com/news/politics/eu_referendum/results (letzter Zugriff: 4.7.2016).

31 Sara B. Hobolt: Why did voters choose Brexit, abrufbar unter: <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2016/06/24/why-did-voters-choose-brexite/> (letzter Zugriff: 15.7.2016).

nen und Bürgern, die unzufrieden mit dem politischen Establishment in London waren, die Möglichkeit geboten, ihre Frustration über die staatliche Sparpolitik, deren Folgen sie unmittelbar zu spüren bekamen, und nicht wachsende Löhne zu äußern.³²

Im Hinblick auf die regionale Verteilung des Votums stellte sich die Frage, welche Auswirkungen das Ergebnis auf den irischen Friedensprozess haben würde. Die republikanische Partei Sinn Fein forderte nach dem EU-Referendum eine Volksabstimmung über die Vereinigung Nordirlands mit der Republik, was London und Dublin ablehnten.³³ Ebenso im Unklaren war, was in Schottland geschehen würde. Die regierende Scottish National Party hatte bereits im Vorfeld angekündigt, ein weiteres Referendum über die schottische Unabhängigkeit könne möglich werden, sollte Großbritannien gegen den Mehrheitswillen der schottischen Wählerinnen und Wähler aus der Europäischen Union ausscheiden.³⁴

Am Morgen des 24. Juni 2016 erklärte Cameron, er akzeptiere das Referendums-ergebnis. Da er sich für einen Verbleib eingesetzt habe, sei er nicht der richtige Kandidat, um die EU-Austrittsverhandlungen zu führen. Er kündigte seinen Rücktritt als Premierminister an, damit bis zum konservativen Parteitag im Oktober 2016 ein Nachfolger gewählt werden könnte. Dieser werde nicht nur die Austrittsverhandlungen führen, sondern auch darüber entscheiden, wann der Austrittsprozess nach Art. 50 EUV eingeleitet werden sollte.³⁵ Um die politische Unsicherheit zu begrenzen, legte der ‚1922 Ausschuss‘ der konservativen Hinterbänkler, der für die Wahl des Parteivorsitzenden zuständig ist, einen kurzen Zeitplan für das Auswahlverfahren fest, damit bis Anfang September ein neuer Parteivorsitzender gewählt werden könne. Als aussichtsreichste Bewerber galten Johnson als führendes Mitglied der Leave-Kampagne und die langjährige Innenministerin Theresa May.³⁶ Während May, wie erwartet, Ende Juni ihre Kandidatur für den Parteivorsitz ankündigte, tat ihr Justizminister Gove am 30. Juni überraschend gleich und äußerte in seiner Erklärung Zweifel an den Fähigkeiten seines Leave-Weggefährten Johnson als Premierminister. Kurz darauf gab Johnson seinen Verzicht auf eine Bewerbung um den Parteivorsitz bekannt.³⁷ Weitere Kandidatinnen und Kandidaten waren die Abgeordneten Andrea Leadsom, Stephen Crabb und Liam Fox.³⁸

Unmittelbar nach dem Referendum forderten Labour-Abgeordnete den Rücktritt ihres Parteivorsitzenden Corbyn, dem sie vorwarfen, sich nicht ausreichend für einen Verbleib in der Europäischen Union eingesetzt zu haben. Dieser beantwortete den Druck seiner Fraktion damit, dass er am 26. Juni Schattenaußenminister Benn des Amtes entthob, was zu zahlreichen Rücktritten von Mitgliedern seines Schattenkabinetts führte. Bis zum Abend des 27. Juni waren 40 Mitglieder seiner ‚Front Bench‘, darunter 20 Mitglieder des Schattenkabinetts, zurückgetreten.³⁹ Beim Misstrauensvotum seiner Fraktion, dem sich Corbyn am 28. Juni stellen musste, erhielt er nur noch die Unterstützung von 40 Abgeordneten, während 172 ihm das Misstrauen aussprachen. Corbyn, der von der Parteibasis gewählt

32 Marcus Theurer: Theresa Mays wichtigster Mann, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.7.2016.

33 The Economist: Fragmentation nation, 2.7.2016.

34 Jessica Elgot: The EU referendum: A guide to the UK's biggest political decision of the century, in: The Guardian, 16.5.2016.

35 David Cameron: EU referendum outcome: PM statement, 24.6.2016, abrufbar unter: <https://www.gov.uk/government/speeches/eu-referendum-outcome-pm-statement-24-june-2016> (letzter Zugriff: 17.7.2016).

36 George Parker/Kate Allen: Next Tory leader to be elected by early September, in: Financial Times, 28.6.2016.

37 The Economist: Shifting sands, 2.7.2016.

38 Peter Walker: Conservative leadership race: Who are the five candidates?, in: The Guardian, 30.6.2016.

39 Jim Pickard: Corbyn vows to dig in as growing revolt grips party, in: Financial Times, 28.6.2016.

worden war und sich von dieser weiterhin unterstützt sah, weigerte sich zurückzutreten. Labour-Abgeordnete, die ihn nicht unterstützten, begannen daraufhin, eine Kampfabstimmung um den Parteivorsitz vorzubereiten.⁴⁰

Die Präsidenten der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates, Jean-Claude Juncker, Martin Schulz und Tusk, sowie Mark Rutte, Premierminister der Niederlande, die zu diesem Zeitpunkt die EU-Präsidentschaft inne hatten, sagten am Tag der Ankündigung des Referendumsergebnisses, dass ein Herauszögern des britischen EU-Austritts die bestehende Unsicherheit unnötig verlängern würde. Die Vereinbarung, die mit Großbritannien im Februar 2016 getroffen worden war, sei nichtig, erklärten sie zudem.⁴¹

Die Vertreter des Leave-Lagers distanzieren sich bereits kurz nach der Volksabstimmung von einigen ihrer während des Wahlkampfes gemachten Aussagen. So hatten sie etwa behauptet, der wöchentliche Haushaltsbeitrag Großbritanniens an die Europäische Union betrage 350 Mio. Pfund. Diesen Betrag, hatte die Leave-Seite suggeriert, solle man stattdessen in den nationalen Gesundheitsdienst National Health Service (NHS) investieren. Am 26. Juni distanzierte sich der ehemalige konservative Arbeits- und Pensionsminister und Mitglied des Leave-Lagers, Iain Duncan-Smith, von dieser Aussage. Er folgte damit auf den Ukip-Vorsitzenden Farage, der bereits am Tag nach dem Referendum erklärt hatte, er könne nicht versprechen, dass der Betrag nun in den NHS investiert werde.⁴² Der Brexit-Befürworter und konservative Europaabgeordnete Daniel Hannan wiederum erklärte nach dem Referendum, Großbritannien könne weiterhin Arbeitnehmerfreizügigkeit gewähren, um den Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu behalten.⁴³

Am 28. Juni nahm Cameron an seinem letzten Europäischen Ratstreffen in Brüssel teil. Dort erläuterte er den anderen EU-Staats- und Regierungschefs die Referendumsentscheidung und argumentierte, er habe die Volksabstimmung verloren, da die anderen EU-Mitglieder die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger über Einwanderung nicht genügend adressiert hätten.⁴⁴ Die EU-Staats- und Regierungschefs trafen sich am 29. Juni zum ersten Mal seit 43 Jahren ohne Großbritannien, um das Vorgehen der Austrittsverhandlungen mit dem Land zu diskutieren. In ihrer gemeinsamen Erklärung gaben sie bekannt, dass ein Zugang zum Binnenmarkt die Anerkennung aller vier Freiheiten (Kapital-, Arbeitnehmer-, Dienstleistungs- und Güterfreiheit) voraussetze. Des Weiteren beharrten sie darauf, dass es keinerlei Verhandlungen geben werde, bevor ein Austrittsgesuch auf Basis von Art. 50 EUV durch Großbritannien eingeleitet wird. Camerons Aussage vom Vortag, er hätte einen Brexit verhindern können, hätten die anderen Staats- und Regierungschef ihm die Möglichkeit gegeben, die Einwanderung zu kontrollieren, hatte Aussagen von Diplomaten zufolge dazu geführt, dass sich die 27 Staats- und Regierungschefs entschlossen hatten, in ihrer gemeinsamen Erklärung eine härtere Linie zu vertreten.⁴⁵

40 Anushka Asthana/Rajeev Syal/Jessica Elgot: Labour MPs prepare for leadership contest after Corbyn loses confidence vote, in: *The Guardian*, 29.6.2016.

41 Jessica Elgot: Brexit, the fallout and the UK's future: what we know so far, in: *The Guardian*, 24.6.2016.

42 Frances Perraudin: Iain Duncan Smith backtracks on leave side's £350m NHS claim, in: *The Guardian*, 26.6.2016.

43 Chris Giles/George Parker: Next steps, Options become clearer after days of uncertainty, in: *Financial Times*, 28.6.2016.

44 George Parker/Alex Barker/Guy Chazan: Cameron blames Brexit defeat on EU failure to tackle immigration, in: *Financial Times*, 29.6.2016.

45 Alex Barker/Jim Brunsden/Guy Chazan: Brussels hardens UK exit stance, in: *Financial Times*, 30.6.2016.

In Schottland verfolgte die erste Ministerin, Nicola Sturgeon, währenddessen Bemühungen, das Land, welches mehrheitlich (62 zu 38 Prozent) für einen EU-Verbleib gestimmt hatte, in der Europäischen Union zu halten. Am 28. Juni gab das schottische Parlament mit 92 Stimmen (keine Gegenstimmen) Sturgeon ein Mandat, Gespräche mit britischen und EU-Institutionen zu führen, um die Möglichkeiten einer Absicherung von Schottlands Beziehung zur Europäischen Union und dessen Platz im Binnenmarkt auszuloten.⁴⁶ Sturgeon reiste daraufhin nach Brüssel und sprach unter anderem mit Juncker. Dieser zeigte Sympathie für die schottische Situation, verwies aber darauf, dass die Europäische Union keine Verhandlungen über die schottische Zukunft unabhängig von Großbritannien führen werde.⁴⁷

Unmittelbar nach dem Referendum wurde in Großbritannien ein Anstieg von fremdenfeindlich und rassistisch motivierten Aktivitäten gemessen. Der Polizei zufolge waren in der Woche nach der Volksabstimmung fünfmal so viele rassistisch motivierte Übergriffe gemeldet worden wie im wöchentlichen Durchschnitt davor. Landesweit wurde von Übergriffen und rassistisch motivierten Aktionen auf Migranten berichtet.⁴⁸

Überraschend erklärte am 4. Juli Farage seinen Rücktritt als Ukip-Vorsitzender. Er begründete dies damit, dass er mit der getroffenen Entscheidung für einen EU-Austritt Großbritanniens sein Ziel erreicht habe. In seiner Rücktrittrede würdigte er die Verdienste seiner Partei. Ohne Ukip hätte es kein Referendum gegeben und ebenso wäre es ohne Ukip nicht gewonnen worden, so Farage.⁴⁹ Für die Partei stellte sich durch den Rücktritt die Frage, ob sie in Zukunft ihren Einfluss auf die britische Politik auch ohne ihren bei weitem bekanntesten Vertreter würde beibehalten können. Unter Farages Führung seit 2006 war Ukip von einer kleinen Protestbewegung zu einer signifikanten politischen Kraft angewachsen. Bei der Parlamentswahl 2015 hatte sie 3,9 Mio. Stimmen erhalten, aber aufgrund des Mehrheitswahlrechts nur einen Abgeordneten. Farages Nachfolger oder Nachfolgerin sollte bis Anfang September 2016 feststehen.⁵⁰

In der ersten Julihälfte endete der Wettbewerb um den konservativen Parteivorsitz überraschend. Nachdem im regulären Wahlprozess der konservativen Fraktion drei der fünf Bewerberinnen und Bewerber ausgeschieden waren, kündigte die neben May verbliebene Kandidatin Leadsom am 11. Juli ihren Verzicht auf die Kandidatur mit der Begründung an, sie habe nicht genug Unterstützung in der Partei.⁵¹ May wurde daraufhin am 13. Juli 2016 neue Premierministerin von Großbritannien. May, die offiziell die Remain-Seite unterstützt, aber im Referendumswahlkampf kaum in Erscheinung getreten war, ernannte Johnson zum neuen Außenminister. Aufgrund seiner umstrittenen Aussagen vor und während des Referendumswahlkampfes löste die Ernennung sowohl im In- als auch im Ausland Befremden aus.⁵² Wie groß allerdings Johnsons Rolle in den Austrittsverhandlungen sein

46 Mure Dickie: Sturgeon embarks on mission to keep Scotland's place in EU, in: Financial Times, 29.6.2016.

47 Jennifer Rankin/Severin Carrell/Philip Oltermann: Nicola Sturgeon's plea to EU leaders meets with sympathy but little hope, in: The Guardian, 29.6.2016.

48 Nazia Parveen/Harriet Sherwood: Police log fivefold rise in race-hate complaints since Brexit result, in: theguardian.com, 30.6.2016.

49 Jochen Buchsteiner: Rücktritt vom Brexit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.7.2016.

50 Henry Mance/John Murray Brown: Farage's sharp exit leaves Ukip at a crossroads, in: Financial Times, 5.7.2016.

51 George Parker: May to 'make Brexit a success' as UK's first female PM in 26 years, in: Financial Times, 12.7.2016.

52 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Kritik an Ernennung Johnsons zum Außenminister, 15.7.2016.

wird, ist noch offen. May machte die beiden Brexit-Befürworter Liam Fox und David Davis zum Minister für Internationalen Handel beziehungsweise zum Minister für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Somit würde das Außenministerium weder federführend bei den EU-Austrittsverhandlungen noch bei der Entwicklung neuer internationaler Handelsverbindungen sein. Mit ihrer Regierungsbildung bewies May auch, dass sie den EU-Austritt, den sie zu einem Erfolg machen wollte, umzusetzen gedachte.⁵³

Schlussbemerkungen

Das Abstimmungsergebnis über die britische EU-Mitgliedschaft zeigte, dass sich letztlich die Angst vor Einwanderung durchgesetzt hatte sowie zahlreiche Wählerinnen und Wähler bereit waren, dafür einen Sprung ins Ungewisse und mögliche negative ökonomische Konsequenzen zu riskieren. Die Konservativen und die Labour Party machten unmittelbar nach dem Referendum den Eindruck, ihnen sei Parteipolitik wichtiger als die Beantwortung der Fragen, wie man das gesellschaftlich und politisch gespaltene Land einen und eine für das Vereinigte Königreich bestmögliche Beziehung zur Europäischen Union gestalten könne. Diese letzte Frage wird umso bedeutsamer, da die Regierung May sich entscheiden muss, wie wichtig ihr der uneingeschränkte Zugang zum Binnenmarkt ist, der den anderen EU-Staaten zufolge nur mit der Gewährung von Arbeitnehmerfreizügigkeit möglich ist. Durch die widersprüchlichen Aussagen des Brexit-Lagers, welches während des Referendumswahlkampfes nicht erklärt hatte, wie es sich ein Leben nach dem EU-Austritt vorstellte, ist zu erwarten, dass zahlreiche Leave-Wählerinnen und -Wähler von dem Verhandlungsergebnis der Regierung enttäuscht sein werden.

Weiterführende Literatur

Charles Grant: Theresa May and her six-pack of difficult deals, Insight, in: Centre of European Reform, 28.7.2016, abrufbar unter: <https://www.cer.org.uk/insights/theresa-may-and-her-six-pack-difficult-deals> (letzter Zugriff: 13.8.2016)

Vaughne Miller/Arabella Lang: Brexit: what happens next?, House of Commons Library Briefing Paper Nr. 07632, 30.6.2016.

53 Jochen Buchsteiner: Die Entmachtung der Eton Boys, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.7.2016.